

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 1985**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Saarland

(Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag  
am 4. November 1984 in Saarbrücken)

**„Ziele liberaler Landespolitik“**



## ZIELE LIBERALER LANDESPOLITIK

- 1985 -

Gegen alle Zukunftsängste und Katastrophenfurcht setzen wir, die Freien Demokraten, das Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, aus eigener Verantwortung eine freie und friedliche Welt zu gestalten. Freiheit ist für uns Auftrag. Eine Politik, die mehr Gleichheit und Glück wollte, hat uns mehr Bürokratie, Bevormundung, Wissenschafts- und Technikfeindlichkeit und Planungsdenken beschert.

Diesen Fehlentwicklungen sagen wir den Kampf an mit unserer liberalen Innen- und Rechtspolitik, mit unserer Gesellschafts- und Bildungspolitik, mit unserer Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

## I. LIBERALE INNEN- UND RECHTSPOLITIK

In allen Bereichen der Innen- und Rechtspolitik haben sich Freie Demokraten seit eh und je dafür eingesetzt, den Freiheitsraum des Einzelnen gegenüber der Macht des Staates zu schützen. Wir, die Freien Demokraten, haben heute allen Anlaß, hier unverändert wachsam zu bleiben.

### 1. Bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung

Eine bürgernahe und effektive Verwaltung ist die Grundlage für das demokratische Zusammenleben der Bürger; sie hat die Leistungen der öffentlichen Hand im Rahmen der Gesetze auf einfache und wirksame Weise sicherzustellen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß die Verwaltungen in Zukunft, auch unter den Bedingungen modernster Leistungs- und Planungsaufgaben, wirtschaftlich und sparsam arbeiten. Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes müssen gut ausgebildet und die Organisation der Behörden sachgerecht sein. Nur so können Leistungsbereitschaft und Initiative geweckt und gefördert werden. Ein leistungsfähiges Berufsbeamtentum ist unverzichtbar.

### 2. Innere Sicherheit nur in rechtsstaatlichen Formen

Wirkliche innere Sicherheit kann der Staat den Bürgern nur unter Wahrung rechtsstaatlicher Formen bieten. Deshalb werden sich die Freien Demokraten dafür einsetzen, daß auch in Zukunft der Leistungsstand der saarländischen Polizei verbessert wird. Aber auch Zivil- und Katastrophenschutz sind für die Innere Sicherheit unseres Landes wichtig: Hier gilt es, die in den letzten Jahren erreichten guten Ansätze weiter auszubauen und zu festigen.

### 3. Moderne Technik und Menschenwürde

Mehr als bisher wird sich die Innenpolitik dem verantwortlichen Umgang mit modernen Technologien und ihrer rechtlichen Beherrschung zuwenden müssen. Die F.D.P. bejaht den Fortschritt und stellt sich den gesellschaftlichen Herausforderungen des Technologiezeitalters;

sie setzt sich aber auch dafür ein, daß die moderne technische Entwicklung in Übereinstimmung mit der Menschenwürde erfolgt. Schon lange vor dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsrechts haben Liberale die Sicherung des Grundrechts des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung durch Verbesserung des Datenschutzes gefordert.

#### 4. Liberale Ausländerpolitik

Die Ausländerpolitik ist ein wesentliches Element der Innenpolitik. Die Art und Weise, wie wir mit den Ausländern in unserem Lande umgehen, wie wir ihnen Aufnahme und Gastfreundschaft gewähren und auf ihre besonderen kulturellen und persönlichen Bedürfnisse eingehen, ist eine entscheidende Probe für die Humanität und Liberalität unserer Gesellschaft.

#### 5. Für eine leistungsfähigere saarländische Justiz

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, die Leistungsfähigkeit der saarländischen Justiz zu verbessern. Eine seit Jahren anhaltende Prozeßflut, aber auch eine unangebrachte Sparsamkeit bei der personellen und sachlichen Ausstattung der Gerichte in der Vergangenheit hat dazu geführt, daß in unserem Land inzwischen in allen Gerichtszweigen die Prozesse nur noch mit einer erheblichen Verzögerung abgewickelt werden können, die praktisch schon auf eine Rechtsverweigerung hinausläuft. Zu einem Rechtsstaat gehören nicht nur gute Gesetze, sondern auch und vor allem Gerichte, die bei einer Verletzung des Rechts zügig und sachgerecht Rechtsschutz gewähren. Unsere Gerichte müssen in die Lage versetzt werden, dem Bürger ausreichend rasch zu seinem Recht zu verhelfen.

#### 6. Für einen humanen und sinnvollen Strafvollzug

In einem Rechtsstaat geht es nicht an, daß von dem allein der Erziehung und der Resozialisierung Straffälliger vorbehaltenen Instrument der vorzeitigen Haftentlassung in erster Linie deswe-

gen Gebrauch gemacht wird, um in überfüllten Gefängnissen Platz zu schaffen. In einem Rechtsstaat hat auch der Strafgefangene Anspruch auf die Achtung seiner Menschenwürde. Die F.D.P. sieht es deshalb als eine wichtige rechtsstaatliche Aufgabe an, die für eine dringend notwendige Verbesserung des Gefängniswesens und des Strafvollzugs erforderlichen Mittel schnell bereitzustellen.

#### 7. Für rechtsstaatliche Lösungen bei anstehenden Gesetzesvorhaben

Unsere Freiburger Forderung nach Aufnahme des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung im Grundgesetz ist endlich zu verwirklichen. Andere anstehenden Gesetzgebungsvorhaben, wie z. B. das Staatshaftungsrecht, die Familienrechtsreform oder das Datenschutzgesetz, müssen im rechtsstaatlichen Geist zügig und erfolgreich abgeschlossen werden. Hierzu gehört auch die seit langem überfällige gesetzliche Ordnung des Arbeitskampfes, um rechtsstaatlich bedenkliche Mißbräuche, insbesondere die Anwendung von Gewalt, zukünftig zu verhindern.

## II. LIBERALE GESELLSCHAFTS-, SOZIAL-, FAMILIEN- UND GESUNDHEITSPOLITIK

Libérale Gesellschafts- und Sozialpolitik geht von den schöpferischen Fähigkeiten, der Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung des Menschen aus. Sie ist der Freiheit und der Würde des Menschen verpflichtet. Sie will ein Höchstmaß an freier Entfaltung der Persönlichkeit. Dabei setzt sie auf gesellschaftliche Vielfalt und auf den Vorrang der Person vor der Institution. Die Freiheit der Lebensgestaltung ist unantastbar; sie hat ihre Grenzen im Gemeinwohl.

Wer die Möglichkeit verliert, sein Leben aus eigener Kraft menschenwürdig zu gestalten, hat Anspruch auf die Hilfe der Solidargemeinschaft. Dabei hat eine Konzentration auf die wirklich Bedürftigen zu erfolgen; Mißbräuche sind auszuschließen.

Libérale Familienpolitik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Verantwortung von Frau und Mann in Kindererziehung, Einkommenserwerb und Haushalt zu verbessern.

### 8. Für eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Die F.D.P. sieht im Abbau der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, eine der vordringlichen Aufgaben ihrer sozialen Gesellschaftspolitik. Für sie ist Arbeitslosigkeit mehr als ein wirtschaftliches Problem. Die meisten unserer Mitbürger, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder ohne Ausbildungsstelle sind, müssen nicht nur finanzielle Einschränkungen hinnehmen, sie leiden zudem unter der unverschuldeten Untätigkeit. Ihnen neue Beschäftigungschancen zu eröffnen bzw. eine gute Ausbildung zu vermitteln, ist darum vor allem ein Gebot der Mitmenschlichkeit.

Im einzelnen wird deshalb die F.D.P.-Saar über die im wirtschaftspolitischen Programm vorgelegten Grundsätze hinaus sich für folgende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einsetzen:

- Fortsetzung des Ausbildungsförderungsprogrammes
- Schaffung von Ausbildungsverbänden
- Nutzung der Ausbildungskapazitäten der öffentlichen Hand
- Förderung von Anschlußbeschäftigung von Absolventen der Berufsausbildung
- Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, z. B. in den Bereichen Umweltschutz, Verbesserung des Wohnumfeldes, Denkmalpflege, personelle Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen
- Programm zur Beschäftigung schwervermittelbarer Arbeitnehmer (Behinderte, Langzeitarbeitslose u. ä.)

9. Den Arbeitsmarkt liberalisieren - mehr Arbeitsplätze durch neue Arbeitszeitformen

Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell bedingt. Das Arbeitsleben wird sich deshalb im Laufe der nächsten Jahre an die neuen Strukturen anpassen müssen. Die F.D.P.-Saar wendet sich gegen eine starre Arbeitszeitregelung, aber ebenso gegen pauschale Arbeitszeitverkürzungen, wie die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie fordert deshalb eine Abkehr von starren Arbeitszeitformen, die die traditionelle Industriegesellschaft entwickelt hat. Sie fordert die Tarifpartner auf, auf die neuen Strukturen durch größere Flexibilität in der Tarifpolitik zu reagieren. Zur Liberalisierung des Arbeitslebens gehören nach Auffassung der F.D.P.:

- flexible Altersgrenzen bei der Lebensarbeitszeit
- die gleitende Arbeitszeit
- variable Regelungen bei der Jahres- und Wochenarbeitszeit
- verschiedene Formen der Teilzeitarbeit und der Arbeitsplatzteilung.

Die Arbeitszeit muß den individuellen Bedürfnissen der Menschen entgegenkommen. Eine längere Lebenserwartung und kürzere Arbeitszeiten erfordern die Auflösung der bisherigen strikten Trennung der Lebensabschnitte in Ausbildung, Arbeitsleben und Ruhestand. Neue Arbeitszeitformen fördern die Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

Auf diese Weise kann der Wunsch vieler Frauen, in das Berufsleben einzutreten, erfüllt werden. Eine flexible Arbeitszeitregelung erweitert die Freiheitsräume bei der Lebensgestaltung auch für Familien.

#### 10. Soziale Sicherheit und Eigenverantwortung

Soziale Sicherheit darf nicht zu einem unbegrenzten Versorgungssystem führen. Der Eigenverantwortung des Menschen muß wieder mehr Raum zugestanden werden. Die Systeme der sozialen Sicherung müssen auf den Grundsätzen von Solidarität und Subsidiarität aufgebaut bleiben. Bei Sozialhilfe muß die Hilfe zur Selbsthilfe Vorrang haben.

#### 11. Ja zum technischen Fortschritt

Steigende Kosten für menschliche Arbeitskraft und Sozialleistungen sowie eine Belastung der Umwelt beeinträchtigen die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Zukunft.

Wir stehen vor neuen Herausforderungen. Neue technologische Entwicklungen erzeugen Zukunftsängste. Sie eröffnen aber auch Chancen für unser Leben - für neue Arbeitsplätze, individuelle Gestaltung der Arbeitszeit, Schonung der Ressourcen und damit Entlastung der Umwelt. Wir Liberale bejahen den beherrschten technischen Fortschritt.

Unser Land ist aufgrund fehlender Rohstoffe und im internationalen Vergleich sehr hoher Lohn- und Sozialkosten mehr denn je auf die optimale Nutzung von Forschung und Technik angewiesen.

#### 12. Wirksame Hilfen für die Familie

Libérale Familienpolitik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingung für eine gemeinsame Verantwortung von Frau und Mann in Kindererziehung, Einkommenserwerb und Haushalt zu verbessern. Die F.D.P. will eine Benachteiligung der Familien abbauen, in denen ein Ehepartner wegen der Erziehung der Kinder ganz oder teilweise auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet. Im Rahmen der Familienpolitik



müssen auch die Probleme der Alleinerziehenden eine besondere Berücksichtigung finden.

Die F.D.P. wird sich für folgende Ziele einsetzen:

- Für einen Familienlastenausgleich durch Erhöhung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes.
- Für ein Erziehungsgeld  
Ein Erziehungsgeld unterscheidet sich grundsätzlich vom bisherigen Mutterschaftsurlaubsgeld. Es wird an alle Familien - wahlweise an Mutter oder Vater - gezahlt und nicht wie das bisherige Mutterschaftsurlaubsgeld lediglich an erwerbstätige Mütter.
- Für die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung  
Gefordert wird ein Konzept, das die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung sowie die Rentenansprüche der Mütter künftig aufbessern soll.
- Besserstellung der Alleinerziehenden  
Alleinerziehende sind so zu unterstützen, daß sie ihren Erziehungsaufgaben gerecht werden können.
- Für die Förderung von familien- und kindgerechtem Wohnungsbau
- Für die Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen und die Ausweisung ausreichender Spielflächen.
- Für die Wiedereingliederung der Frau ins Erwerbsleben nach familienbedingter Unterbrechung sind besondere Hilfen anzubieten.

Ein Schwergewicht liberaler Familienpolitik liegt in einer Verbesserung der Situation der Frau innerhalb der Gesellschaft. Dazu sind erforderlich:

- Gleichbehandlung von Frauen mit gleicher Qualifikation bei der Be-

setzung von Stellen im mittleren und oberen Management und gerade auch im öffentlichen Dienst.

- Die verstärkte Förderung der Berufsausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen.

### 13. Hilfen für ältere Menschen

Zentrales Ziel der Politik der F.D.P. für alte Menschen ist es, ihnen möglichst lange eine selbständige Lebensführung in der vertrauten Umgebung zu ermöglichen. Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Ruhestand sowie Initiativen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung älterer Menschen sind deshalb zu fördern. Selbstgewählte Aufgaben und Verantwortungsbereiche, in die die älteren Menschen ihre Lebenserfahrung einbringen, erhalten das Selbstbewußtsein und bewahren die Selbstachtung. In der Seniorenpolitik hat die Hilfe durch die eigene Familie, durch die Nachbarn und andere Mitbürger Vorrang.

### 14. Pflegebedürftigkeit im Alter

Das Lebensrisiko Pflegebedürftigkeit ist nicht hinreichend sozial abgesichert. Rund 70 % der Pflegebedürftigen können die Pflegeheimkosten nicht selbst tragen und sind auf Sozialhilfe angewiesen.

Die F.D.P. wird zur Lösung dieses Problems beitragen. Sie strebt an, die häusliche Pflege weiter zu verstärken. Eine Pflege in der gewohnten und vertrauten Umgebung ist nicht nur kostengünstiger als eine Heimunterbringung, sondern auch humaner, da dem Pflegebedürftigen seine sozialen Beziehungen erhalten bleiben. Die F.D.P. wird die Einführung einer Pflegeversicherung unterstützen.

### 15. Selbstverantwortung des Bürgers in der Gesundheitspolitik

Liberales Gesundheitspolitik setzt auf die Selbstverantwortung des Bürgers für seine eigene Gesundheit, seinen Willen zur Mitverantwortung auch gegenüber der Gesundheit seiner Mitmenschen, seine

Bereitschaft zur Solidarität. In Zeiten steigender Belastungen der Bevölkerung durch die Kosten des Gesundheitswesens ist dieser Grundsatz von besonderer Bedeutung. Um der Bevölkerung den hohen Leistungsstandard der Medizin auch in Zukunft in gleichem Maße erhalten zu können, muß das Anspruchsverhalten des Einzelnen auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden.

#### 16. Ausbau der Gesundheitsvorsorge

Wir Freien Demokraten setzen uns besonders ein für den Ausbau der Gesundheitsvorsorge. Schwerpunkt der Gesundheitsvorsorge ist die Gesundheitserziehung. Der Bevölkerung muß der Wert einer gesunden Ernährung, sportlicher Betätigung und der Gesundheitsvorsorge noch deutlicher gemacht werden. Die Ernährungsberatung, die vorbeugende Zahnpflege, der Breitensport in Schule, Freizeit und Verein sind stärker und systematischer als bisher zu fördern. Die Gesundheitserziehung muß schwerpunktmäßig im Kindergarten, in der Vorschule und in der Grundschule unter Einbeziehung der Eltern und Erzieher beginnen. Das Angebot an Vorsorgeleistungen durch die Krankenversicherungen ist weiter auszubauen. In Zusammenarbeit mit den Kommunen sind die Mütterberatungsstellen attraktiver zu gestalten.

#### 17. Modernes Krankenhauswesen

Die Krankenversorgung im stationären Bereich ist in unserem Lande überdurchschnittlich gut. Die ambulante Versorgung durch niedergelassene Ärzte ist mit dem Ziele der Kostendämpfung bevorzugt zu fördern. Der bisherige Ausgabenstandard für die Investitionen der saarländischen Krankenhäuser muß in jedem Falle sichergestellt werden, um deren Leistungsniveau halten zu können. Investitionsmittel sollten mehr als bisher auch für Rationalisierungsmaßnahmen und Energieeinsparungsmaßnahmen eingesetzt werden.

#### 18. Verbesserung der Situation der psychisch Kranken

Die Freien Demokraten werden sich dafür einsetzen, daß in allen psychiatrischen Versorgungsgebieten des Saarlandes Tageskliniken eingerichtet werden.

19. Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs

Die Bekämpfung und Eindämmung der Suchtgefahr (Alkohol, Drogen, Medikamente und Tabak) verlangen vorbeugende Maßnahmen im jugend-, familien-, schul- und gesellschaftspolitischen Bereich. Den Selbsthilfegruppen fällt eine besondere Aufgabe zu. Sie werden, soweit erforderlich, von uns Liberalen unterstützt.

20. Personeller Ausbau der Sozialstationen

Die Sozialstationen müssen personell so ausgestattet werden, daß häusliche Pflege bei Bedarf möglich ist und damit auch teure Krankenhausaufenthalte vermieden werden können.

Dem öffentlichen Gesundheitsdienst kommt eine bedeutsame Rolle in der Gesundheitspolitik zu. Er soll seine Aufgaben vor allem auf dem Gebiet der Umwelt- und Sozialhygiene wahrnehmen. Impfungen im Vorschulbereich sollten in verstärktem Maße von den niedergelassenen Ärzten durchgeführt werden.

### III. LIBERALE BILDUNGS- UND KULTURPOLITIK

Liberaler Bildungspolitik dient der freien Entfaltung des einzelnen Menschen entsprechend seinen Fähigkeiten und Neigungen. Das Bildungssystem muß daher offen und vielfältig sein.

Die Bildungseinrichtungen müssen neben der Wissensvermittlung musischen und humanitären Zielen dienen. Gemeinsam sollen Schule und Elternhaus Toleranz und Respekt vor dem anderen, Verantwortungsbereitschaft und Entscheidungsfähigkeit, Fähigkeit zur Kritik und Selbstkritik, Mündigkeit und Selbstbestimmung, Leistungswillen, Leistungsfähigkeit und soziales Engagement vermitteln.

#### 21. Für freie Entscheidung der Eltern

Wir treten ein für die freie Entscheidung der Eltern in einem vielfältigen Bildungssystem; dieses bietet aufbauend auf der wohnortnahen Grundschule jedem Jugendlichen in Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, berufsbildenden Schulen und Privatschulen beste Bildungsmöglichkeiten. Deshalb wenden wir uns gegen Bestrebungen, im Saarland Gesamtschule zur Regelschule (zur einzigen Schulform) zu machen; ebenso aber gegen Bestrebungen, den Charakter der bestehenden Gesamtschulen zu verändern.

#### 22. Mehr Zeit für Sport und musische Fächer

Wir fordern freie Verfügungszeit in den Schulen - vorrangig in der Grundschule - für den musischen und sportlichen Bereich. Wir setzen uns dafür ein, daß Kunst, Sport und Musik in den allgemeinbildenden Schulen in besonderem Maße der Entspannung, Kreativität und Freude dienen.

#### 23. Mehr Eigeninitiative für den Sport

Liberaler Politik räumt dem Sport einen hohen Rang ein, weil

er für die Bildung, die Gesellschaft, die Freizeit und die Gesundheit von großer Bedeutung ist. Sie verfolgt deshalb den Grundsatz, daß sowohl im freien Sport als auch im Schulsport Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und freie Entscheidung gefördert werden müssen. Wir befürworten freiere, von den Schulen selbstgestaltete Sportfeste. Die Beteiligung von Schülern an schulsportlichen Wettkämpfen darf nicht von oben verordnet werden. Sie muß der freiwilligen Entscheidung des Schülers überlassen bleiben. Wir werden deshalb die Verpflichtung der allgemeinbildenden Schulen zur Durchführung der Bundesjugendspiele abschaffen.

#### 24. Sinnvoller Umgang mit neuen Medien

Die neuen Medien müssen in den Dienst der Informationsvielfalt, der Vergrößerung menschlicher Entfaltungschancen und damit der Souveränität des Einzelnen gestellt werden.

Wir setzen uns dafür ein, daß Kinder und Jugendliche in den Schulen zum sinnvollen und verantwortungsbewußten Umgang mit den neuen Medien (Informations- und Kommunikationstechniken) befähigt werden. Medienerziehung soll in den Schulen Unterrichtsprinzip werden.

Liberaler treten dem Mißbrauch im Videobereich (Gewalt und Sex) entschieden entgegen.

#### 25. Bessere berufliche Bildung

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Rahmenbedingungen der beruflichen Bildung verbessert werden, sowohl im dualen System als auch in den Angeboten von Vollzeitunterricht. Die berufsbildenden Schulen sind wie Gymnasien und Realschulen gleichrangige Bildungseinrichtungen.

#### 26. Stärkung des Abiturs

Wir setzen uns ein für die Beibehaltung und Stärkung des Abiturs als der klassischen Zulassungsprüfung zum Hochschulstudium.

27. Ausbau unserer Universität zu einer Europa-Universität

Wir werden den Ausbau der Saaruniversität zu einer Europa-Universität vorantreiben, wie es im saarländischen Universitätsgesetz festgeschrieben ist. Für diese Weiterentwicklung ist die Saaruniversität aufgrund ihrer Geschichte, der bereits vorhandenen europäischen Einrichtungen und aufgrund der geografischen Lage bestens geeignet.

28. Breiten- und Spitzenförderung

Für uns Freie Demokraten ist die Breitenförderung in den Hochschulen ebenso unentbehrlich wie die Förderung der Hochbegabten und die Sicherung des qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses. In diesem Sinne unterstützen wir auch konkrete Verbesserungen im Hochschulzugang, den Ausbau bereits bestehender Forschungsschwerpunkte und eine Stärkung der Geisteswissenschaften.

29. Für bessere Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft

Wir sorgen dafür, daß die wissenschaftlichen, vor allem technischen Erkenntnisse unserer Hochschulen in die saarländische Wirtschaft vermittelt werden (Technologie-Transfer). Neben Forschung und Lehre erfüllen sie so einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der saarländischen Wirtschaftsstruktur.

30. Für Chancengleichheit bei der Ausbildungsförderung

Wir fordern eine umgehende bundesgesetzliche Neuordnung der Ausbildungsförderung (Bafög). Die Neuordnung sollte rasch erfolgen, um Chancengerechtigkeit im Bildungswesen zu sichern und eine Rechtszersplitterung zu vermeiden; der Zusammenhang mit dem Familienlastenausgleich ist zu erhalten.

Die liberale Kulturpolitik erhält angesichts zunehmender Freizeit, hoher Arbeitslosigkeit, wachsender Materialisierung und Technisierung eine immer größere Bedeutung. Kulturförderung gehört zu den vorrangigen gesellschaftspolitischen Aufgaben, die sowohl im Interesse der Persönlichkeitsentfaltung des Einzelnen liegt als auch zur Verbesserung des geistigen Klimas der gesamten Gesellschaft beiträgt.

Kultur und Freiheit stehen für Freie Demokraten in engem Sinnzusammenhang. Die Frage nach der Zukunft der Freiheit in der Kultur ist zugleich die Frage nach einer menschenwürdigen Zukunft unserer Gesellschaft.

Dem kulturellen und künstlerischen Schaffen muß ein Höchstmaß an freien Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

### 31. Existenzsicherung für Rundfunk, Theater, Museen, Büchereien und Erwachsenenbildung

Die Existenz der großen Kultureinrichtungen ist trotz erheblichen Zuschußbedarfes nicht in Frage zu stellen. Dies gilt besonders für den Saarländischen Rundfunk und das Saarländische Staatstheater. Der Kulturhaushalt darf auch in schwierigen Zeiten nicht als Lückenbüßer zur Beseitigung von Haushaltsdefiziten dienen.

### 32. Volkstümliche und alternative Kultur

Die kulturellen Initiativen sollen sich jedoch nicht nur auf die Institutionen der "großen Kultur" beziehen, sondern auch volkstümlichen oder alternativen Kulturbedürfnissen Rechnung tragen, wie sie bei vielen Bürgern durch Alter, Herkunft, Bildung, Nationalität, Tradition oder Engagement entstanden sind.

In den kulturellen Vereinen mit ihren in die Tausende gehenden ehrenamtlichen Mitgliedern wird hervorragende Arbeit geleistet. Sie haben Anspruch auf Förderung in Form von Beratung, organisatorischer und finanzieller Hilfe, ohne sie dadurch inhaltlich zu bevormunden.

Die liberale Kulturpolitik wird der alternativen Kulturszene mit Kleinkunstabühnen, Jazzkellern, Musikläden und Kulturkneipen, mit denen sich vor allem junge Menschen identifizieren, größere Beachtung und stärkere Unterstützung zukommen lassen, die allerdings gezielt und sinnvoll erfolgen muß. Schließlich waren es zu allen Zeiten die Liberalen, die neuen Wegen und neuen Richtungen in Kunst und Kultur zum Durchbruch verholfen haben.



33. Musik- und Malschulen

Die Defizite des musischen Unterrichts in unseren Schulen sind nach wie vor eklatant. Sie binden oder hemmen zahlreiche Bürger bei der Nutzung des Kulturangebots. Ohne auf Dauer Alibifunktionen für die öffentlichen Schulen wahrnehmen zu sollen, erfüllen private Musik- und Malschulen wichtige kulturelle Aufgaben. Sie sind nachdrücklich zu unterstützen.

34. Künstlerförderung - Kunst im öffentlichen Raum

Durch Ankäufe, Bereitstellung von Ausstellungsräumen, Unterstützung der privaten Galerien bei förderungswürdigen Projekten sind die bildenden Künstler zu fördern.

Die Möglichkeit, die der Erlaß "Kunst am Bau" schafft, sind voll auszunutzen. Dabei ist zu prüfen, ob nicht eine Sammelhaushaltsstelle größeren Spielraum in Richtung auf Programme schafft, die Kunst im öffentlichen Raum ermöglichen.

35. Landeskulturrat, Musische Landesakademie

Wir Freien Demokraten unterstützen die Zusammenfassung aller kulturellen Verbände und Institutionen in einem Landeskulturrat. Er unterstützt und berät die Landesregierung und die Kommunen, auch bei der Vergabe von Totogeldern. Er ist im Rundfunkrat vertreten.

Die Gründung einer Musischen Landesakademie zur Förderung des musikalischen und schauspielerischen Nachwuchses im Amateurbereich ist anzustreben.

36. Internationaler Kulturaustausch und Partnerschaften

Noch viel zu wenig genutzt werden die Möglichkeiten des internationalen Kulturaustausches. Der Austausch mit Frankreich ist für uns Freie Demokraten selbstverständlich. Aber auch mit anderen europäischen Ländern, den USA, der DDR, der UDSSR und den übrigen sozialistischen Ländern entwickeln sich kulturelle Kontakte, die von uns unterstützt werden.

Partnerschaften sollen mit denjenigen Gebietskörperschaften im Ausland abgeschlossen werden, mit denen auch tatsächlich ein partnerschaftlicher Austausch auf breiter Basis möglich ist. Partnerschaften nur für Funktionäre lehnen wir ab.

37. Medienentwicklung und Saarländischer Rundfunk

Wir unterstützen zur Vergrößerung der Informationsvielfalt die Zulassung privater Rundfunkanbieter. Verbunden ist diese Zustimmung allerdings mit einer Erhaltungs- und Entwicklungsgarantie für den Saarländischen Rundfunk, der für uns Liberale die "Stimme unseres Landes" ist.

#### IV. LIBERALE UMWELTPOLITIK

Wir Freien Demokraten waren die ersten, die in ihren Programmen dem Umweltschutz Priorität einräumten. Wir waren es, die das erste Umweltkonzept schufen, auf dem heute unsere Umweltgesetze und -richtlinien gründen. Es waren liberale Innenminister, die Schrittmacher des deutschen und europäischen Umweltschutzes gewesen sind, die ihn aufbauten und die harte Kärnerarbeit leisteten. Wir besitzen die Sachkonzepte, um unsere drängendsten Umweltprobleme rational zu lösen,

- ohne unsere soziale Marktwirtschaft zu gefährden,
- ohne unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verspielen und
- ohne die liberalen Prinzipien der Umweltpolitik, das Vorsorge-, das Verursacher- und das Kooperationsprinzip aufzugeben.

Unsere Lösungsstrategien werden in folgenden Zielvorstellungen sichtbar:

##### 38. Wirksamer Bodenschutz

Wir werden mit unseren Landwirten und Forstleuten gemeinsam einen wirksamen Bodenschutz durchsetzen. Uns kommt es dabei nicht nur auf die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, sondern auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Böden gegenüber Schadstoffen und der Verbesserung ihrer Filterqualität zum Schutz unseres Grundwassers an. Bodenstrukturverbessernde und Flächensicherungs-Maßnahmen werden wir deshalb vorrangig betreiben und dem Landverbrauch den Kampf ansagen. Aus der Gemeinschaftsaufgabe müssen für den ländlichen Raum auch Mittel für Biotoppflege und -erhaltung zur Verfügung gestellt werden.

##### 39. Grenzübergreifende Luftreinhaltepolitik

Wir werden die Standards für eine grenzübergreifende Luftreinhaltepolitik zuerst zuhause durchsetzen und werden uns nicht allein mit den Grenzwerten der derzeit gültigen TA-Luft und Großfeuerungsanlagenverordnung zufrieden geben. Die immer noch fehlenden Luftreinhaltepläne müssen in den kommenden Jahren durchgesetzt werden.

Wir werden dabei insbesondere den organischen Schadstoffen in der Luft unsere Aufmerksamkeit widmen. Wir unterstützen die Einführung neuer ökonomischer Instrumente in die Luftreinhaltepolitik. Diese sind für uns eine Ergänzung, kein Ersatz für eine liberale Umweltpolitik.

40. Verbesserung der Oberflächengewässer

Wir werden unsere Oberflächengewässer durch einen beschleunigten Ausbau unserer Kläranlagen und Sammler, durch energischere Schritte beim französischen Nachbarn und durch einen konsequenten Quellenschutz verbessern. Quellenschutz sind für uns ökologische Vorranggebiete, die in Zukunft nur noch naturnah genutzt werden dürfen. Hochwasserrückhaltezone sollten angelegt und so gestaltet werden, daß sie zugleich Refugien für eine artenreiche Fauna und Flora sind.

41. Ausbau des Grund- und Trinkwasserschutzes

Wir werden mit den Gemeinden den Grund- und Trinkwasserschutz energisch ausbauen und Zahl und Größe der Wasserschutzgebiete mindestens verdoppeln. Das Absinken des Grundwasserspiegels und die Entnahme von Grundwasser werden in Zukunft verstärkt überwacht. Wir bekennen uns zu einer strengeren Überwachung der Grenzwerte der Europäischen Gemeinschaft und werden den Eintrag von Schadstoffen in den Wasserschutzgebieten unterbinden.

42. Umfassendes Abfallwirtschaftsprogramm

Wir werden ein flexibles, wirksames und grenzübergreifendes Abfallwirtschaftsprogramm durchsetzen, in dem private Entsorgungsunternehmen neben den zentralen Einrichtungen einen angemessenen Preis und sichere Entsorgung gewährleisten müssen. Wir lehnen eine Sondermüllverbrennungsanlage und eine Sondermülldeponie im Saarland ab. Abfallvermeidung und Abfallverwertung werden im Vordergrund unseres Bemühens stehen. Wir geben dem Mehrkammersystem eine Chance. Sinnvolle Müllverwertung beginnt in den Haushalten.

#### 43. Umweltverträglicher Verkehr

Wir werden unsere Verkehrspolitik Umweltverträglichkeitstests unterwerfen und der Schiene - wo immer sinnvoll - in Zukunft Vorrang geben. Wir treten für Umgehungsstraße dort ein, wo durch ihre Anlagen nicht die Belastung in die freie Landschaft getragen wird. Wir fordern eine konsequente Einführung der Katalysatortechnik, eine steuerliche Begünstigung abgasarmer Kraftfahrzeuge und eine verstärkte Ausweisung verkehrsberuhigter Zonen.

#### 44. Erweiterung und Intensivierung des Naturschutzes

Wir werden 8 % der saarländischen Landschaften in ein Naturschutzkonzept integrieren, das neben einem Biotopverbundsystem, Waldschutz- und Naturschutzgebieten auch Wildruhezonen ausweisen wird. Nur dadurch sind die drastischen Rückgänge in der Tier- und Pflanzenwelt der Bundesrepublik Deutschland zu stoppen. Im Rahmen der Tierschutzgesetzgebung werden wir u. a. dafür kämpfen, daß Versuche an Tieren zur Gewinnung von Erkenntnissen für den kosmetischen Bereich sofort eingestellt werden. In allen übrigen Bereichen dürfen sie nur dann noch zulässig sein, wenn Erkenntnisse auf anderem Wege nicht zu erhalten sind. Wir treten dafür ein, daß dem Umweltschutz Verfassungsrang eingeräumt wird, und wir sind für das Klagerecht der Naturschutzverbände.

#### 45. Naturnahes Grün in Städten und Dörfern

Wir werden den Naturschutz in unseren Städten und Dörfern beleben. Dazu gehören neben der Anlage von Schutzgehölzen und Saumbiotopen auch die naturnahe Pflege unserer Gärten, die oftmals letztes Rückzugsgebiet für seltene Tier- und Pflanzenarten sind. Wir brauchen mehr naturnahes Grün in unseren Städten.

#### 46. Ausbau der Umweltwissenschaften

Wir werden die Umweltwissenschaften verstärkt ausbauen, denn nur sie können uns die Antworten für sinnvolle Planungsmaßnahmen und politische Entscheidungen liefern. Ohne Aufklärung der wirklichen Wirkungsursachen können wir keine Probleme lösen. Unsere Antwort

auf irrationale und emotionale Wissenschaftsgegner ist die Verstärkung der auf rationale Lösungen vertrauenden Forschungspolitik.

47. Umweltpolitik und Wirtschaftswachstum

Wir werden die innovative Kraft des Umweltschutzes für unsere Wirtschaftspolitik verstärkt nutzen, denn liberale Umweltpolitik markiert keine Grenze, sondern ist die Voraussetzung für sinnvolles Wachstum. Neue Arbeitsplätze sind gerade durch die Förderung umweltfreundlicher Technologien und durch die Festlegung neuer ökologischer Staatsaufgaben zu schaffen.

Eine liberale zukunftsorientierte Umweltpolitik hat beste Technik und beste Umwelt gleichrangig zu verwirklichen.

## V. LIBERALE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Ziel Liberaler Wirtschaftspolitik ist es, unter Wahrung und Fortentwicklung der Prinzipien der sozialen und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft der Wirtschaft des Saarlandes die Anpassung an die jeweiligen Markterfordernisse zu ermöglichen und dadurch vor allem für ein ausreichendes und attraktives Arbeitsplatzangebot zu sorgen. Angesichts der Krise der Montanwirtschaft - verursacht durch den weltweiten Strukturwandel - kann dieses Ziel nur dadurch erreicht werden, daß der Schwerpunkt der saarländischen Wirtschaftsstruktur bei Sicherung eines wettbewerbsfähigen Kerns der Montanindustrie in zukunftsträchtige Wirtschaftszweige verlagert wird.

### 48. Gegen die hohe Arbeitslosigkeit

Wir Freien Demokraten sehen in der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, insbesondere in der auch menschlich so bedrückenden Jugendarbeitslosigkeit, die größte Herausforderung, vor die das von uns mitentwickelte und mitgetragene Grundkonzept einer Sozialen Marktwirtschaft seit Einführung der DM-Währung je gestellt worden ist.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit beruht nicht darauf, daß man marktwirtschaftlichen Prinzipien zu viel, sondern darauf, daß man ihnen zu wenig Raum belassen hat.

Sie ist das Produkt einer Reihe wohlgemeinter Interventionsmaßnahmen, deretwegen

- die Zuwachsrate der betrieblichen Kosten, die einem Unternehmen aus der Beschäftigung eines Arbeitnehmers im Jahre erwachsen, größer wurde als die Zuwachsrate der Erlöse, aus denen die Unternehmen diese Kosten der Beschäftigung von Arbeitnehmern decken müssen,

und deretwegen außerdem

- das Gefüge der Kosten der Beschäftigung von Personen unterschiedlicher Art und Qualifikation marktwidrig verzerrt worden sind.

Industrie-Unternehmen investieren insgesamt viele zig-Milliarden-Beträge selbsterwirtschafteter Mittel statt in Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in festverzinslichen Wertpapieren, auch Bundesanleihen, weil sie sich hiervon, verglichen mit den ihnen aus gewerblichem Pro-

duktivvermögen erzielbar erscheinenden, netto belassenen Gewinnen die höheren, verlässlicheren Erträge versprechen.

Aus dieser Diagnose folgt als Rezept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit:

- A Es gilt, ein Klima herzustellen, das vor allem die Großunternehmen veranlaßt, die genannten zig-Milliardenbeträge vorsorglich gehorteter Gelder zur Vornahme von Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen einzusetzen. Dazu muß das Vertrauen gestärkt werden, daß man als unternehmerischer Investor privater Spargelder in jenem glücklichen Falle, in dem sich die Investition - gemessen an der Entwicklung von Technologie und Verbraucherverwünschen - als wirtschaftlich sinnvoll erweist, im Genusse verhältnismäßig hoher Netto-Erträge verbleibt, aus denen man die Verluste der weniger glücklichen Investitionen decken kann (und nicht etwa sofort wieder zu irgendwelchen Ergänzungsabgaben oder ähnlich unvorhersehbaren Belastungen herangezogen wird). Das ist für die Schaffung verlässlicher Arbeitsplätze - wie der enorme Zuwachs der Beschäftigtenzahl beweist, der in den letzten Jahren in den USA zu verzeichnen war - bei weitem wirkungsvoller als ein noch so sorgfältig ausgetüfteltes Bündel bürokratisch zuzuteilender besonderer Investitionsanreize.
- B Es gilt, am Arbeitsmarkt dafür zu sorgen, daß der Zuwachs der jährlichen Kosten der Beschäftigung eines Arbeitnehmers kleiner bleibt, als der jährliche Zuwachs der Erlöse, aus denen die Arbeitgeber die Kosten einschließlich der Lohnnebenkosten der Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten zu decken haben.
- C Es muß im Hinblick auf die Kosten für die Beschäftigung von Arbeitnehmern ganz unterschiedlicher Qualifikationen wieder zu jenem marktlagengerechten Entlohnungsfächer kommen, der in früheren Zeiten eines leergefegten Arbeitsmarktes die Vollbeschäftigung gekennzeichnet, ja mitbewirkt hat.



#### 49. Für einen gesunden Mittelstand

Es gilt nach Auffassung der F.D.P., alle landespolitischen Möglichkeiten für die Schaffung einer mittelständischen, durch möglichst große Branchenvielfalt gekennzeichneten Wirtschaftsstruktur zu nutzen.

Hierzu sollen beitragen:

- der erleichterte Zugang zu neuen Technologien für kleinere und mittlere Unternehmen durch einen leistungsfähigen Technologietransfer (Zentrale für Produktivität und Technologie) sowie gezielte Fördermaßnahmen des Landes bei der Entwicklung und Einführung technologisch neuer Produkte und Verfahren und sonstiger Innovationen;
- neue Wege zur Gründung und Festigung von Unternehmen (Existenzgründungssparen und Bereitstellung von Risikokapital);
- die Schaffung ausreichender Ansiedlungsflächen für kleine und mittlere Betriebe, wobei vorrangig brachliegende Industrieflächen für derartige Zwecke umzugestaltet sind;
- die intensive Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen beim Export ihrer Produkte, vor allem durch Unterstützung von Messebeteiligungen und vereinfachte Exportfinanzierung;
- die nachhaltige Unterstützung und Weiterentwicklung typisch mittelständischer Branchen wie der Landwirtschaft, des Fremdenverkehrsgewerbes und sonstiger Dienstleistungsunternehmen.

#### 50. Neue Betriebe ins Saarland

Es sind alle Chancen zu nutzen, neue Betriebe von außerhalb im Saarland anzusiedeln, wobei zukunftssträchtige Technologien wie Mikroelektronik und Computertechnik besonders wichtig sind. Wesentliche Impulse werden auch von wissenschaftlichen Einrichtungen wie JURIS ausgehen. Der Einsatz der F.D.P., solche Institute im Saarland anzusiedeln, muß auch in Zukunft erfolgreich sein.

51. Mehr Privatinitiative

Der Staat und die Kommunen haben die Erfüllung von Aufgaben, die von privaten Unternehmern besser erfüllt werden können, so rasch wie möglich zu privatisieren. Das entlastet die öffentlichen Haushalte und fördert vor allem die mittelständische Wirtschaft.

Der Abbau bürokratischer Hemmnisse durch staatliche Vorschriften muß verstärkt vorangetrieben werden.

52. Sicherung des saarländischen Montankerns

Zur Sicherung des Montanstandortes Saar hält die F.D.P. folgende Maßnahmen für unabdingbar:

- konsequente Zurückführung der Stahlindustrie auf eine wettbewerbsfähige Größenordnung, wobei eine enge Kooperation der saarländischen Stahlunternehmen anzustreben ist;
- Nutzung aller Möglichkeiten zur Förderung des Absatzes von Steinkohle einschließlich einer zügigen Entwicklung von neuen umweltverträglichen Technologien zur Kohleveredelung, z. B. zur Kohleverflüssigung. Ein europäisches Kohleforschungszentrum im Saarland könnte hierzu wichtige Impulse geben.
- unverzüglicher Bau des Saarhafens in Saarlouis-Dillingen, um die bisherigen Standortnachteile der saarländischen Montanindustrie zu mindern.

53. Leistungsfähige Verkehrswege im Saarland

Für alle Wirtschaftszweige gleichermaßen bedeutungsvoll sind der Ausbau der Verkehrswege und leistungsfähige Verkehrssysteme. Vorrangig sind deshalb

- die Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Gründung einer Verkehrs- und Tarifgemeinschaft aller Nahverkehrsunternehmen;

- die Planung einer Eisenbahnschnellverbindung (TGV) auf der Strecke Paris - Metz - Saarbrücken - Mannheim;
- die Fertigstellung der Bundesautobahnen A 1 und A 8 bei Berücksichtigung ökologischer Belange;
- die Sicherung des internationalen Flughafens Saarbrücken-Ensheim zu wirtschaftlich zumutbaren Bedingungen;
- die zügige Vollendung des Ausbaus der Saar zur Großschiffahrtsstraße unter Beachtung ökologischer Kriterien und bei gleichzeitiger Schaffung naturnaher Ausgleichsflächen (z. B. Auwäldern an Blies, Nied, Prims und Saar).

#### 54. Gesunde Wirtschaft braucht solide Finanzpolitik

Die Fortentwicklung der Saarwirtschaft ist ohne günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen gefährdet.

Deshalb muß die Politik der Haushaltskonsolidierung und der Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Prinzipien auf Bundesebene konsequent fortgesetzt werden.